

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 21.11.2024

München fordert Reform des Gemeinnützigkeitsrechts: Engagement für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit muss eindeutig als gemeinnützig anerkannt werden

Antrag

1.) Die Landeshauptstadt München beschließt die im Folgenden genannte Resolution. Anlass sind die Angriffe der AfD auf gemeinnützige Vereine – auch in München – mit dem Ziel, diesen ihren Status abzuerkennen und ihnen somit finanziellen Schaden zuzufügen.

„Die Landeshauptstadt München erkennt die Bedeutung des Engagements der Münchner Zivilgesellschaft für Demokratie, Antidiskriminierung, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte und gegen Hass und Hetze, auch in Form von politischem Engagement und mit gelegentlichem tagespolitischem Bezug, als essenziell für die Förderung der Allgemeinheit an. Eine Aberkennung der Gemeinnützigkeit von Körperschaften, die diese Zwecke verfolgen, gefährdet langfristig das friedliche, tolerante und demokratische Zusammenleben in München selbst und darüber hinaus. Entsprechend fordert die Landeshauptstadt München den Bund auf, das geltende Gemeinnützigkeitsrecht so zu reformieren, dass die oben genannten Zwecke sowie Körperschaften, die diese Zwecke verfolgen, eindeutig als gemeinnützig anerkannt werden können.“

2.) Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich im Sinne dieser Resolution mit einem Schreiben an den Bundeskanzler sowie an das Bundesfinanzministerium zu wenden.

3.) Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich an den Deutschen Städtetag zu wenden mit der Bitte, die Kommunen der Bundesrepublik mit dem Anliegen der Münchner Resolution zur Reformierung der Gemeinnützigkeit zu befassen und diese zur Mitzeichnung aufzufordern.

Begründung:

In einem offenen Brief an den Bundeskanzler hatten über 100 Vereine beklagt, dass ein Ausbleiben einer Reform des Gemeinnützigkeitsrechts langfristig ihre Existenz gefährden könnte. Auslöser war ein Urteil des Bundesfinanzhofes gegen eine Nichtregierungsorganisation im Jahr 2019. Dies erzeugte eine große Unsicherheit bei Vereinen in Deutschland über die Voraussetzung der eigenen Gemeinnützigkeit. Expert*innen beklagen immer wieder, dass das geltende Gemeinnützigkeitsrecht veraltet sei und den Realitäten der Zivilgesellschaft hinterherhinke.

In letzter Zeit werden zudem immer mehr Vereine Opfer von gezielten Angriffen auf ihren Status der Gemeinnützigkeit durch die AfD. Unter den Angegriffenen ist auch der Münchner Verein und mehrfache Preisträger München ist bunt! e.V. München ist bunt! ist seit 2010 verlässlicher Partner, wenn es um den Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit geht. Eine Gefährdung der Gemeinnützigkeit und die damit einhergehende Existenzbedrohung des Vereins wäre fatal für die Münchner Stadtgesellschaft.

Die Landeshauptstadt München ist in ihren Bestrebungen, München zu einem Ort des demokratischen, solidarischen und friedlichen Zusammenlebens zu machen, seit jeher auf zivilgesellschaftliche Akteur*innen und das Ehrenamt angewiesen. Dies gilt in Zeiten des aktuellen Rechtsrucks insbesondere, aber nicht nur, für den Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Viele der in diesen Bereichen aktiven Vereine wären ohne die Vorzüge der Gemeinnützigkeit langfristig nicht überlebensfähig.

Auch Vereine aus anderen Bereichen – z.B. Sportvereine – sollten sich gelegentlich für tagespolitische Themen einsetzen können, ohne um ihre Existenz fürchten zu müssen, denn genau dieses Engagement in der Breite unserer Gesellschaft brauchen wir so dringend. Umso stärker aber diese Vereine in ihrem Engagement unter Druck gesetzt und bedroht werden und umso tagtäglich dies geschieht, brauchen sie Gewissheit, dass ihr Engagement für Demokratie, Antidiskriminierung, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte und gegen Hass und Hetze, ihre Gemeinnützigkeit langfristig nicht gefährdet.

Die Verabschiedung der Resolution soll deshalb nicht nur ein Zeichen der Solidarität mit bedrohten Vereinen wie München ist bunt! e.V. setzen, sondern einen bundesweiten Prozess anstoßen, der langfristig unsere wichtigste Voraussetzung für das Fortleben unserer Demokratie ist: eine engagierte, pluralistische Zivilgesellschaft.

Fraktion Die Grünen – Rosa Liste

Mona Fuchs
Sibylle Stöhr
Thomas Niederbühl
Angelika Pilz-Straßer
Christian Smolka
Marion Lüttig
Beppo Brem
Sofie Langmeier
Nimet Gökmenoglu
Judith Greif

Mitglieder des Stadtrates

Die Linke / Die Partei

Stefan Jagel
Brigitte Wolf
Thomas Lechner

Mitglieder des Stadtrates